

„Es wandern ja nicht die Schlechten aus, sondern die Guten, die Tüchtigen“

Stand: 19.07.2024 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Jan Alexander Casper**
Redakteur Innenpolitik



Florian Josef Hoffmann

Quelle: pa/obs/European Trust Institute; Montage: Infografik WELT

Große Wirtschaftsverbände und Firmenchefs positionieren sich regelmäßig gegen die AfD. Nicht so der Chef des parteinahen „Mittelstandsforums für Deutschland“, Florian Josef Hoffmann. Für ihn ist die Rechtsaußenpartei die Kraft, die das Land „retten“ könne.

Florian Josef Hoffmann, Jahrgang 1946, ist Pflege-Unternehmer. Die 14 Mitarbeiter seines Düsseldorfer Pflegedienstes seien überwiegend nicht „geburtsdeutsch“, sagt Hoffmann. Mit Fachkräfteeinwanderung habe er kein Problem. Und: Hoffmann unterstützt die AfD.

Dass die AfD fordert, die Versorgung des Landes mit qualifizierten Arbeitskräften solle „in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potenziale erfolgen“ – auf Nachfrage heißt das oft: „Geburtenförderung“ –, hält Hoffmann für „Unsinn“.

Wie passt das zusammen? „Was mich zurzeit am meisten beschäftigt, dass in meinem Umfeld fast nur noch über Auswanderung gesprochen wird – in aller Herren Länder. Es wandern ja nicht die Schlechten aus, sondern die Guten, die Tüchtigen, in die Schweiz, nach Uruguay, nach Sizilien, nach Dubai, nach egal wohin.“

Seine Hoffnung, die er in die AfD setzt: „Dass sie Sorge trägt, dass die eigenen Leute im Land bleiben.“ Dass sie Deutschland aus dem „Bürokratie-Monster“ EU und zurück in eine gestützte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft führt. Und dass sie, da wird es diffus, ganz allgemein, „das

Land rettet: Rettet vor zu viel bürokratisch-sozialistischer Politik an allen Ecken“, vor „der ganzen links-grünen Geschichte“.

Seine Hoffnung, die er in die AfD setzt: „Dass sie Sorge trägt, dass die eigenen Leute im Land bleiben.“ Dass sie Deutschland aus dem „Bürokratie-Monster“ EU und zurück in eine gestützte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft führt. Und dass sie, da wird es diffus, ganz allgemein, „das Land rettet: Rettet vor zu viel bürokratisch-sozialistischer Politik an allen Ecken“, vor „der ganzen links-grünen Geschichte“.

Zwar warnen Wirtschaftsverbände einhellig vor einem EU-Austritt Deutschlands, andere EU-Staaten erreichen unter demselben „Bürokratie-Monster“ bessere Wirtschaftsdaten als Deutschland. Und zwar steigen die Auswandererzahlen. Aber Erhebungen zur Fachkräfteauswanderung sagen: Fachkräfte, die auswandern, tun das in der Regel aus beruflichen Gründen und planen die Rückkehr nach einigen Jahren.

Aber Florian Josef Hoffmann lebt nicht einer Welt der anerkannten Expertise, er würde „Mainstream“ sagen, sondern in einer der eigentümlichen Theorien. Der Grund, warum sein Umfeld über Auswanderung spricht?

„Die haben alle Angst vor Enteignung. Sie haben unheimliche Angst vor der Digitalisierung – jeder wird eine Nummer, bekommt Sozialpunkte nach chinesischem Vorbild. Und es gibt nur noch elektronisches Geld, das programmierbar ist, mit der Folge, dass sein Zugang zu den käuflichen Dingen gesteuert werden kann.“ Er meine zum Beispiel „Mengenlimits in allen Bereichen“. Im OB-Wahlkampf 2020 für die AfD in Düsseldorf wollte er 5-G-Masten stoppen, das hatte etwas mit im Zuge der Corona-Impfungen geplanten Chip-Injektionen zu tun, sagte er der [„Rheinischen Post“](#).

„AfD-kritische Meinung“ sei „Vorschrift“

Hoffmann ist nicht irgendein AfD-naher Unternehmer, sondern Bundesvorsitzender des parteinahen Vereins „Mittelstandsforum für Deutschland“. Initiiert hatte es die Partei noch unter der vor Langem geschassten Bundesvorsitzenden Frauke Petry. Auf dem Bundesparteitag in Essen war das Forum mit einem Stand vertreten. Laut Hoffmann hat der Verein 300 Mitglieder, die seien „total gemischt“, auch „viele Freiberufler“ und „angestellter Mittelstand“ seien darunter.

Das Forum ist die Antwort des AfD-Vorfelds auf das Problem, dass große Wirtschaftsverbände wie der BDI und andere sich in der Regel deutlich von der AfD distanzieren. Die Familienunternehmer, 1000 Mitglieder – Voraussetzung: mindestens eine Million Euro Jahresumsatz und zehn Mitarbeiter – veröffentlichten jüngst ein umfassendes Papier zur „wirtschaftsfeindlichen Politik der AfD“.

Für Hoffmann sind solche Papiere bedeutungslos. Die Autoren seien bloße Verbandsfunktionäre, die Mitglieder dächten in Wahrheit anders, aber das bleibt seiner Meinung nach unbekannt, wegen des „größten Medienversagens aller Zeiten“. „Einheitliche, AfD-kritische Meinung“ sei „Vorschrift“. Infolgedessen sagten „der BDI und alle anderen Verbände auch: „Ja, natürlich sind wir der Meinung der Bundesregierung.““

Hoffmann kommt nicht ursprünglich aus der Pflege, sondern ist Rechtsanwalt. Seinen Düsseldorfer Pflegedienst hat er aus einer Insolvenz heraus übernommen. Damit hat er Erfahrung. 1991 übernahm Hoffmann von der Treuhand die Kahlaer Porzellanwerke in Thüringen. Etwa zur etwa gleichen Zeit war er auch Präsident der Ost-Thüringer IHK zu Gera.

1993 aber ging Kahla zwar unter Hoffmann insolvent, wurde danach aber ohne Unterbrechung fortgeführt. Er hatte Landesbürgschaften gefordert, die nicht kamen, wie die [„Ostthüringer Zeitung“](#) (OTZ) 30 Jahre später berichtete. Aus Hoffmanns Sicht hat man ihm damals aus politischen Gründen den Rückhalt verwehrt. Die OTZ schreibt: „Die Berater von Ministerpräsident Bernhard Vogel trauten dem Rechtsanwalt die Sanierung nicht zu.“

Das „blitzschnelle“ Überführen der sozialistischen Betriebe in die Marktwirtschaft damals jedenfalls sei „idiotisch“ gewesen, sagt Hoffmann heute über diese Zeit. An Marktwirtschaft oder zumindest das, was darunter gemeinhin verstanden wird, nämlich das freie Spiel von Unternehmern, die im Wettbewerb um Nachfrage Angebote machen, glaubt Hoffmann nicht mehr.

Er sieht „wohltuende Wirkung“ von Kartellen

Er nennt sich selbst „Kartellrebell“ und will eine Wirtschaft, in der Unternehmer in Kartellen Preisabsprachen treffen. Er betreibt seit Jahren seinen eigenen monothematischen Mini-Thinktank zu dem Thema, seine Wirtschaftstheorie vertritt er selbstbewusst. Ein Buch-Klappentext von 2012 kündigt an, im nachstehenden Text werde Hoffmann „die gedanklichen Fehler von Adam Smith und Karl Marx bis Friedrich von Hayek und Ludwig Erhard“ mit „grundlegend neuen Erkenntnissen“ „korrigieren“.

Das Buch heißt „Occupy Economics“. Darin lobt Hoffmann einen österreichischen Ökonomen der Jahrhundertwende, der „den Anarchismus der Wirtschaft mit Kartellen beseitigen“ wollte. Die „wohltuende Wirkung“ von Kartellen habe dieser „aus dem Konzept der Zünfte des Mittelalters“ hergeleitet. Hoffmann meint, vor dem Ersten Weltkrieg sei „die ganze Welt“ nach Deutschland „gepilgert“, um derartige „Weisheiten“ aufzunehmen. Doch mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 habe dann der Untergang des „deutschen Denkens in der Nationalökonomie“ begonnen, so Hoffmann.

Hoffmann glaubt, „wenn die Branchen, wie schon die Zünfte des Mittelalters, unter sich freiwillig, freundschaftlich die Angebote regulieren, also die Preise und die Mengen, so erzeugt das eine prosperierende Wirtschaft“. Nebeneffekt wäre eine „steigende Produktqualität, denn wenn die Anbieter identische Preise haben, geht der Kunde dahin, wo er die beste Qualität bekommt“.

Teurer wäre in seiner Kartellwirtschaft nichts, glaubt Hoffmann, obwohl Studien zu [Kartellbildung](#) das Gegenteil sagen. „Preiskampf ist das, was in Amerika als Ergebnis vorliegt, dass sie am Ende keine Qualität mehr haben“, sagt Hoffmann. „Die deutschen Kartelle, die im Kern schlicht Freundschaften waren“, seien dagegen „Schlafmützenkartelle“ gewesen. Das heißt, „dass sie also eben nicht unendliche Preise genommen haben, sondern dass sie zufrieden waren mit den auskömmlichen Preisen, weil sie damit leben konnten.“

Die Forderung nach „Kartellen“ entspricht Hoffmanns Wunsch, „dass die Politik erkennt, wie wichtig Gemeinschaften sind“. In Kartellen werde, „nach Vorbild der katholischen ‚Cartellbrüder‘“ seit dem Kaiserreich, „christliche Solidarität gelebt, anders als in den USA und heute auch bei uns, indem ‚antitrust‘ (,trust‘ bedeutet auf Englisch auch Kartell, d. Red.) als Gesetz gilt, also ‚kein Vertrauen‘ Vorschrift ist“.

In seinem Buch „Reichtum der Welt – für alle“ schreibt Hoffmann: Der herrschende „Neoliberalismus“ verursache „millionen- oder milliardenfaches Leid“. Und im „Occupy“-Buch heißt es: „Wall Street steht für Geld, das aus Geld gemacht wird, das Milliarden-Einkommen erzeugt, ohne dass sich real mehr bewegt als sekundlich ein paar Trilliarden Elektronen in weltweiten Netzwerken.“

Dieses Weltbild – Deutsche würden genügsam und zünftig wirtschaften und die Welt wäre mit ihnen, hätte sich nicht das kalte amerikanische Finanzkapital durchgesetzt – wäre auf den ersten Blick auch für Ökolinksextreme teils anschlussfähig. Aber Anschluss sucht Hoffmann bekanntlich bei der AfD, wo rechtsextreme Vordenker seit Langem das Feld für Vorstellungen zwischen einer Art nationalen, illiberalen Gemeinwirtschaft bereiten. In der „Wirtschaftswoche“ sagte Hoffmann zu einem Gespräch mit Albrecht Glaser, Chef der AfD-Programmkommission, über seine Vorstellung von Kartellwirtschaft: „Nach drei Stunden sind wir aufgestanden und er hat gesagt: Herr Hoffmann, das ist ein Paradigmenwechsel, aber ich gehe ihn mit.“